



1 **Beschluss des Mitgliederparteitages am 14. August 2007 zum geplanten**
2 **Neubau der Moschee in Ehrenfeld**

3
4 **Die CDU in Köln unterstützt seit 2001 durch Beschlüsse von Partei und Fraktion**
5 **grundsätzlich den Bau einer repräsentativen Moschee. Sie bleibt bei dieser**
6 **Zustimmung. Damit die geplante Moschee in Ehrenfeld einen Beitrag zur Integration**
7 **der Muslime in Köln leisten kann, sind folgende Anforderungen für uns entscheidend**
8 **und müssen in die jetzt anstehenden Beratungen um das Verfahren zur Aufstellung eines**
9 **Bebauungsplans eingebracht werden und im Rahmen des Baurechts oder**
10 **vertraglich geregelt werden:**

- 11
- 12 ➤ Wenngleich sich der Träger der Moschee – DITIB – vornehmlich an türkische
13 Muslime richtet, so soll sich die Moschee allen gläubigen Sunniten öffnen und
14 nicht von einer nationalen Richtung dominiert werden. Dazu gehört auch der
15 Verzicht auf das alleinige Zeigen der türkischen Flagge. Wir erteilen allen
16 Vorstellungen eine Absage, eine Trägergemeinschaft zu bilden. Einerseits ist es
17 rechtlich nicht möglich, von der DITIB – der das Gelände gehört – zu verlangen, ei-
18 nen weiteren Träger aufzunehmen. Andererseits sollte eine gemeinsame
19 Trägerschaft schon aus politischen Gründen nicht angestrebt werden, um
20 fundamentalistischen Kräften keinen Raum zu geben.
 - 21
 - 22 ➤ Auch und gerade das angeschlossene Kultur- und Jugendzentrum muss die Integra-
23 tion der Muslime in Köln fördern. Dazu gehört auch, dass sich der Träger für die
24 gemeinsame Teilnahme von Mädchen und Jungen am Sport- und
25 Schwimmunterricht und an Klassenfahrten ausspricht.
 - 26
 - 27 ➤ Ein ganz wesentlicher Bestandteil integrativer Arbeit muss die Förderung der
28 deutschen Sprachkompetenz sein. Davon hängen nicht nur die Erfolgsaussichten in
29 Schule und Beruf ab, sondern auch die Fähigkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen
30 und kulturellen Leben in Deutschland. Deshalb fordern wir, dass die DITIB ihre
31 Anstrengungen auf diesem Gebiet weiterentwickelt und ausweitet. Insbesondere
32 sollte bei Kurs- und Schulungsveranstaltungen im Kultur- und Jugendzentrum so
33 weit wie möglich Deutsch die Regelsprache sein. Das gilt gleichermaßen für einen
34 eventuell geplanten Kindergarten.
 - 35
 - 36 ➤ Predigten in der Moschee sollen in deutscher Sprache gehalten werden, so dass
37 Deutsche und Muslime verschiedener Nationalitäten die Predigt verstehen
38 können. In der Übergangszeit soll die Predigt zeitgleich übersetzt werden.
 - 39
 - 40 ➤ Der Muezzin-Ruf darf nur im inneren Bereich des Geländes hörbar sein. Um dies
41 sicherzustellen und spätere Klagen auszuschließen, wird ein entsprechender
42 öffentlich-rechtlicher Vertrag abgeschlossen, in dem auch die anderen
43 Festlegungen geregelt werden sollen, die nicht über das Baurecht verbindlich
44 festgelegt werden können.



- 45
46
47
48
49
50
51
52
- Wir streben eine kommunale Integrationsvereinbarung zwischen der DITIB und der Stadt Köln an, wie sie etwa der Magistrat der Stadt Wiesbaden mit religiösen Gemeinschaften bereits abgeschlossen hat. Der Katalog von Übereinkünften reicht von gemeinsamen Wertgrundlagen und Maßnahmen zu deren Förderung, über Vereinbarungen zu mehr Transparenz und gesellschaftlicher Teilhabe der einzelnen Gruppen bis hin zur Sicherung der Gleichberechtigung von Mann und Frau.
- 53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
- Der Neubau der Moschee muss sich in den öffentlichen Raum einfügen. Bei dem vorgegebenen Ort müssen die Besonderheiten des Stadtteils Ehrenfeld und der näheren Umgebung beachtet werden. In anderen Städten wurden die örtlichen Belange in die Planungen einbezogen und sogar auf Minarette verzichtet. Daher fordern wir eine grundlegende Bearbeitung des vorliegenden Entwurfes mit dem Ziel, Höhe und Größe der Kuppel zu verringern und die Minarette zumindest deutlich zu reduzieren. Die Dimensionierung und optische Präsenz vor allem entlang der Inneren Kanalstraße sind zu reduzieren. Dadurch wird dem Missverständnis entgegengewirkt, es handele sich bei dem Bau um eine politisch, religiöse Machtdemonstration.
- 64
65
66
67
68
69
70
71
72
- Die Verbindung der Moschee mit einer Vielzahl von Einzelhandelsgeschäften und gewerblichen Flächen wird abgelehnt. Diese haben keinen Bezug zur Ausübung der Religionsfreiheit, vergrößern die Distanz der Muslime zur Mehrheit der Menschen in Köln und stehen der Integration entgegen. Die von der DITIB vorgesehenen Flächenanteile für Einzelhandel und sonstige Flächen müssen erheblich reduziert werden. Die CDU Köln ist gegen die Entstehung eines rein türkischen Viertels mitten in Ehrenfeld. Für die geplanten Einzelhandelsflächen auf dem Moscheege-lände gelten dieselben Regeln wie für den Einzelhandel auf der Venloer Straße.
- 73
74
75
76
77
78
79
- Die verkehrlichen Maßnahmen müssen auf die Größe der Moschee, die Art der Nutzung und den Einzugsbereich abgestellt werden. Abbiegespuren und Ampelschaltungen auf der Inneren Kanalstraße müssen den Verkehrsfluss sicherstellen, auch wenn die Moschee bei Veranstaltungen und Gottesdiensten in stärkerem Umfang vom Individualverkehr angesteuert wird. Bei Großereignissen müssen Sonderparkflächen verbunden mit Shuttleverkehr vorgeschrieben werden.
- 80
81
82
83
84
85
- Der Stellplatzschlüssel muss die tatsächliche Nutzung des Geländes berücksichtigen. Vor allem muss sichergestellt werden, dass der Parkdruck in der Nähe der Moschee nachhaltig reduziert wird. Soweit gegenüber dem Status quo Parkflächen in öffentlichem Straßenland wegfallen, müssen sie ortsnahe ersetzt werden.
- 86
87
88
- Die angrenzenden Sportplätze sind in ihrer Nutzung dauerhaft zu sichern. Dazu gehört auch die Sicherung der vorgeschriebenen Zahl von Stellplätzen.



- 89
90
91
92
93
94
95
- Die gegenwärtig von der DITIB vorgelegten Pläne einer Moschee in Köln-Ehrenfeld entsprechen bislang nicht den vorgenannten Anforderungen. Die CDU Köln spricht sich daher gegen die Ausführung **dieser** Pläne aus. Sie fordert alle Beteiligten dazu auf, in gemeinsamen Gesprächen zügig ein neues Konzept zu entwickeln, das den berechtigten Anliegen aller in Köln lebenden Muslime und der übrigen Kölner Bevölkerung Rechnung trägt.

- 96
97
98
99
100
101
102
103
104
105
106
107
108
- Die CDU Köln erwartet darüber hinaus, dass die DITIB ihre Öffentlichkeitsarbeit gegenüber der Nachbarschaft erheblich verbessert. Der bereits bestehende Beirat sollte daher um eine lokale Gruppe erweitert werden, in der insbesondere Ehrenfelder Vereine beteiligt werden. Nur wenn transparent und offen über das Bauvorhaben und seine Finanzierung informiert wird, können Skepsis und Sorge der Bürger vermindert werden. Dies zu tun, ist vor allem Aufgabe der DITIB, nicht der politischen Parteien. Wir erwarten, dass die DITIB die Bereitschaft erkennen lässt, sich zumindest mittelfristig aus ihrer engen Bindung an den türkischen Staat bzw. an das türkische Amt für religiöse Angelegenheiten (Diyanet) zu lösen. Damit würde sie ihren Willen dokumentieren, sich vom türkischen Staatsislam zu emanzipieren und sich auf den Weg zu einem aufgeklärten Islam in Deutschland zu begeben.

109 Die CDU Köln betrachtet den Neubau der Moschee als Ausdruck des
110 selbstverständlichen Rechts der muslimischen Einwohner unserer Stadt, ihren
111 Glauben frei zu praktizieren. Diese Freiheit der Glaubensausübung ist durch das
112 Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen garantiert. Die
113 CDU Köln appelliert aber nachdrücklich an die türkische Regierung, die gleichen
114 Rechte auch den Christen in der Türkei einzuräumen. Dies ist bedauerlicherweise
115 bis heute nicht der Fall

116
117 **Begründung:**

118 Es leben etwa drei Millionen Muslime in Deutschland, davon rund eine Million in
119 Nordrhein-Westfalen, über 100.000 allein in Köln, die Teil der deutschen Gegenwart und
120 Zukunft sind.

121
122 Wer in Deutschland leben möchte, muss die zentralen Werte und Normen unserer
123 freiheitlich-demokratischen Grundordnung annehmen, ohne dabei seine Herkunft zu
124 verleugnen oder seine Wurzeln aufzugeben. Wo aber Menschenrechte und Demokratie in
125 Frage gestellt werden, gibt es kein Recht auf kulturelle Differenz.

126
127 Über das Gelingen von Integration entscheidet das Zusammenleben vor Ort. Die CDU
128 Köln tritt dafür ein, den in Köln lebenden Muslimen die Ausübung ihres Glaubens in hierfür
129 angemessenen Räumen zu ermöglichen. Für den Integrationserfolg kommt es maßgeblich
130 auf das inhaltliche Konzept und die Haltung des Trägers zum nichtmuslimischen Umfeld
131 an.

132

133 Viele Menschen in Köln betrachten die Planungen zum Bau einer Moschee in Köln-
134 Ehrenfeld mit Sorge. Sie befürchten, dass sich durch die Moschee und das an sie
135 angeschlossene Kultur- und Jugendzentrum die Distanz der Muslime zur Mehrheit der
136 Menschen in Köln vergrößert und bestehende Parallelstrukturen verfestigen. Darüber
137 hinaus sehen sie die Gefahr, dass türkische Nationalisten dort bestimmenden Einfluss
138 ausüben könnten und die Integration der in Köln lebenden Muslime damit insgesamt
139 erheblich erschwert wäre. Die CDU Köln nimmt diese Befürchtungen sehr ernst.

140

141 Seit 2001 unterstützt die CDU Köln, bestätigt von Beschlüssen der Partei wie auch der
142 Fraktion, den Bau einer repräsentativen Moschee. Bereits damals hatten mehrere
143 islamische Verbände Anträge zum Bau einer repräsentativen Moschee gestellt. Schließlich
144 vereinbarten CDU und Bündnis 90/Die Grünen bzw. SPD in den Jahren 2003/2004, das
145 Konzept der DITIB zum Bau einer Moschee auf dem verbandseigenen Grundstück in
146 Ehrenfeld zu unterstützen. Im Jahr 2006 stimmte der Stadtentwicklungsausschuss des
147 Rates der Stadt Köln dem Votum des Preisgerichts zu, den Entwurf von Paul Böhm mit dem
148 ersten Preis auszuzeichnen.

149

150 Der Böhm-Entwurf sieht eine Kuppelhöhe von 34,50 Metern vor, das entspricht ca. 10 bis
151 11 Geschossen. Zwei Minarette sollen 55 Meter hoch, die Randbebauung soll
152 fünfgeschossig (ca. 17 Meter) werden. Damit ist die Kuppel erheblich höher als die da-
153 hinterliegende Ehrenfelder Wohn- und Gewerbebebauung. An dieser Bebauung muss sich
154 die Moschee orientieren.

155

156 Die DITIB plant, auf ihrem Gelände nicht nur ein Gottes- bzw. Gebetshaus, sondern auch
157 ein Kulturzentrum, Büroflächen und Einzelhandelsgeschäfte zu errichten.

158

159 Träger der repräsentativen Moschee in Köln-Ehrenfeld ist die DITIB – Türkisch Islamische
160 Union der Anstalt für Religion e.V. Sie wurde 1984 in Köln als bundesweiter Dachverband
161 für die Koordinierung der religiösen, sozialen und kulturellen Tätigkeiten von damals 230
162 Moscheevereinen gegründet. Nach einer Analyse der Konrad-Adenauer-Stiftung ist die
163 DITIB mit zwischenzeitlich 870 angeschlossenen Vereinen die mit Abstand größte mus-
164 limische Dachorganisation in Deutschland, durch die aber in erster Linie nur Muslime
165 türkischer Herkunft angesprochen werden. Unter den ca. 3,4 Millionen Zuwanderern aus
166 islamisch geprägten Ländern bilden allerdings die türkischstämmigen Muslime mit 2,4
167 Millionen Menschen (Ende 2005, Quelle: BMI) die größte Gruppe.

168

169 Die DITIB wurde als Auslandsorganisation der staatlichen türkischen Anstalt für
170 Religionsangelegenheiten (Diyanet) gegründet mit der Zielsetzung, die Religion und die
171 kulturellen Traditionen der in Deutschland lebenden türkischen Staatsbürger zu wahren
172 und den Einfluss islamistisch-extremistischer Organisationen zu beschränken. Als
173 Organisation des türkischen Staates vertritt sie dessen laizistisches Islamverständnis.
174 Bislang steuerte Diyanet den überwiegend sunnitischen Islam und verlieh ihm einen
175 gemäßigten Charakter. Das erkennen wir an und hoffen, dass dieser moderate Kurs auch
176 vor dem Hintergrund der weiteren innenpolitischen Entwicklung in der Türkei fortgesetzt
177 wird. Auf Dauer ist es jedoch nicht tragbar, dass sich der türkische Staat über die DITIB



178 eine Religionskontrolle in Deutschland anmaßt, die der deutsche Staat angesichts der bei
179 uns geltenden weltanschaulichen Neutralität des Staates von Verfassungswegen über
180 keine Religionsgemeinschaft ausüben dürfte. Auch unter integrationspolitischen
181 Gesichtspunkten ist es wünschenswert, dass die DITIB nicht den türkischen Staatsislam in
182 Deutschland verwaltet, sondern die Weichen für einen aufgeklärten Islam in Deutschland
183 stellt.